RYKOW 14

Die Wirtschaftslage der Sowjet-Union



1924
Führer-Verlag, Berlin NW 6
Charitéstraße 7



INHALT:



Druck: Eugen Gutnoff, Berlin SW 68

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion

Referat und Diskussion
auf dem 6. Kongreß der Gewerkschaften
der Sowjetunion.

I.

Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft.

Um über die gegenwärtige Wirtschaftslage in der Sowjetunion, die eine Bevölkerung von 130 Millionen Einwohner hat, ein Bild zu geben, müssen wir vor allem die Wirtschaftslage der *Mehrheit der Bevölkerung unserer Union, das heißt der 100 Millionen Menschen zählenden Bauernschaft schildern.*

Das ist notwendig, weil das flache Land, also diese 100 Millionen Menschen, die *Basis des ganzen Wirtschaftslebens* unserer Republik, jene Grundlage darstellen, auf der unsere Industrie und die Arbeiterklasse arbeiteten und auch jetzt arbeiten. Die Industrie erhält einen bedeutenden Teil ihres Rohmaterials von der Bauernschaft, die Industrie versorgt mit ihren Produkten die Bauernschaft. Das weitere Wachsen unserer Industrie, insbesondere unserer Kleinindustrie, wird davon abhängen, wie große Warenmassen unser Dorf beanspruchen und verbrauchen wird, da für die Arbeiter und für die Fabriken das Dorf der *wichtigste, wirklich auf den Massen beruhende und in seinen Möglichkeiten unbeschränkte Markt ist.*

Wenn *England* und eine Reihe von anderen Ländern die Entfaltung ihrer Industrie hauptsächlich auf dem Export, auf der Versorgung anderer Länder basieren, ihre Wirtschaft an ihre Kolonialpolitik anpassen, die Völker der Kolonialländer unterjochen, um sie im Interesse der Kapitalisten ausbeuten zu können, so kann sich unsere Wirtschaft nur auf der Grundlage des Zusammenwirkens unserer beiden Hauptklassen, des Proletariats und der Bauernschaft, in ihrem *gemeinsamen* Interesse entwickeln.

Unsere Industrie darf während ihrer Tätigkeit keine Minute lang aus den Augen verlieren, daß sie sich in einem Bauernlande entwickelt. Die Bauernschaft ist ihr Markt, ihr mächtiger, unbeschränkter, hundertmillionenköpfiger Markt. Vom Wohlstand der Bauernschaft, vom Aufschwung der Landwirtschaft hängt auch der Wohlstand, der Aufschwung und die Entwicklung der Industrie, folglich auch der Arbeiterklasse ab.

Daher beginne ich die Schilderung der Wirtschaftslage der Sowjetunion mit der Schilderung der Lage unserer Landwirtschaft. Ich werde es vermeiden, allzu sehr ins Detail gehende Ziffern zu geben, und werde nur das mitteilen, was meiner Ansicht nach für die Hauptmomente unserer Landwirtschaft und für die wichtigsten Etappen ihrer Entwicklung charakteristisch ist.

Die Anbauflächen.

Während der letzten zwei Jahre wurde die Anbaufläche fast um 30 % vergrößert. Sie beträgt bereits 88 % der vor dem Kriege bebauten Fläche. Auf dem heutigen Niveau unserer Landwirtschaft bleibt der *Umfang* der Anbaufläche noch immer eines der wichtigsten Zeichen für die Feststellung des Standes der Landwirtschaft.

Es muß bemerkt werden, daß die Zunahme der Anbaufläche nicht gleichmäßig auf der ganzen Fläche der Union vor sich geht. Wir haben Gebiete, in denen die Anbaufläche bereits den Vorkriegsumfang *übersteigt.* Zu dieser Kategorie gehören *die konsumierenden Gebiete.* Hier ist die Anbaufläche bereits größer als im Jahre 1916 (und die Fläche im Jahre 1916 ist ungefähr der Vorkriegsfläche gleich). In den konsumierenden Gebieten hat sich die Anbaufläche folgendermaßen im Verhältnis zum Stande des Jahres 1920 erhöht: Im Jahre 1921 um 13 %, im Jahre 1922 um 28 %, im Jahre 1923 um 35 % und im Jahre 1924 um 47 %. In ebensolchem oder höchstens etwas geringerem Maße nahm die Anbaufläche in jenem Teil unserer *produzierenden* Gebiete zu, die von der Mißernte des Jahres 1921 *nicht* betroffen worden sind.

Das spricht dafür, daß, wenn wir nicht eine so elementare Katastrophe wie die Hungersnot des Jahres 1921 gehabt hätten, unsere Landwirtschaft jetzt, zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1924/25, fast das Vorkriegsniveau erreicht hätte. *Das ganze produzierende Gebiet im Südwesten und an der Wolga,* das von der Hungerkatastrophe des Jahres 1921 betroffen wurde, blieb in der Wiederherstellung der Anbaufläche hinter den übrigen Gebieten *zurück.*

Das gegenwärtige Jahr ist ein Jahr der Mißernte. Die Bauernschaft brachte in diesem Jahre 9 bis 10 % weniger Getreide ein als im vorigen Jahre. Wir können aber bereits die Resultate der Wintersaatarbeiten für das Jahr 1925 berechnen. Diese Berechnung ergibt eine *Erhöhung der Wintersaatfläche für die ganze Union von durchschnittlich 5 %, in den Gebieten, die von der Mißernte des laufenden Jahres betroffen wurden, sogar von 10 %.* Das ist *ein Ergebnis der Politik unserer Regierung,* ihres Kampfes gegen die Mißernte, dessen wichtigste Aufgaben die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Gebietes und seine Unterstützung durch Zustellung von Saatgut, durch öffentliche Arbeiten usw. waren. Infolgedessen konnte die Saatfläche in den Mißerntegebieten nicht nur in der vorjährigen Höhe aufrechterhalten, sondern noch um 10 % erhöht werden.

Aenderungen in der Zusammensetzung der Anbauarten.

Neben der Zunahme der Anbaufläche geht eine bedeutende Veränderung der Zusammensetzung der Anbauarten in der Landwirtschaft vor sich. Eine immer geringere Rolle spielen die sogenannten Konsumkulturen: Getreide, Hirse usw. Innerhalb dieses Prozesses geht aber eine Verschiebung *zugunsten der wertvollsten Getreidearten* vor sich. So ist zum Beispiel das Verhältnis der mit Weizen gegenüber der mit Roggen bebauten Fläche von 15 % im Jahre 1922 auf 20 % im Jahre 1924 gewachsen.

Eine immer größer werdende Bedeutung gewinnt dagegen der Anbau von technischen Kulturen, die ganz oder hauptsächlich von der Industrie konsumiert werden.

Wir wollen das durch einige Ziffern veranschaulichen:

	Anbaufläche (in tausend Desjatinen) Baumwolle	Flachs	Zuckerrüben.
1922	52	818	169
1923	165	844	226
1924	419	1056	320
1924 im Verhältnis zu 1922	804 %	130 %	189 %

In diesen, die meiste Mühe erfordernden und für die Industrie am meisten als Quelle für Rohmaterial in Betracht kommenden Zweigen der Landwirtschaft übersteigt das Anwachsen der Anbaufläche bei weitem das Anwachsen der mit Getreidekulturen bebauten Fläche.

Der Stand der Viehzucht.

Auf dem Gebiete der Viehzucht ist es um die Pferde, die wichtigsten Zugtiere der Landwirtschaft, am *schlechtesten* bestellt. Die Gesamtzahl der Pferde beträgt nicht mehr als die Hälfte des Vorkriegsbestandes. Die Zahl der pferdelosen Wirtschaften erreicht an manchen Stellen, besonders in den Mißerntegegenden, zuweilen 40 %. Die Vermehrung der Pferde und die Verringerung der Anzahl der pferdelosen Wirtschaften ist jetzt die Hauptaufgabe unserer Landwirtschaft. Während der zwei letzten Jahre hat sich unser Pferdebestand um nur 10 % erhöht. Unser Bestand an *großem Hornvieh* nahm dagegen seit 1922 um 32 %, das heißt um ein Drittel des ganzen Bestandes zu. Der *Schafbestand* erreichte den Bestand der Vorkriegszeit. Die *anderen Zweige der Viehzucht (Schweine* usw.) weisen im Verhältnis zum Jahre 1922 eine Erhöhung um *300 % auf.* Die Viehzucht beginnt im Budget der Bauernwirtschaft eine immer größere Rolle zu spielen, und ein bedeutender Teil der „einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer" wird heute nicht aus dem Ertrag der Getreidekulturen, sondern aus dem Ertrag der Produkte der Viehzucht oder des Verkaufes von Vieh, besonders von Kleinvieh entrichtet.

Die Bedeutung des Aufschwunges der Landwirtschaft.

Das ist die Lage in unserer Landwirtschaft, bezüglich deren man zusammenfassend sagen kann, daß sie trotz des Hungerjahres 1921 während der letzten Jahre große Fortschritte machte und daß in ihrer Entwicklung die zunehmende Tendenz sich auch weiterhin auswirkt, trotz der diesjährigen Mißernte, die diese Entwicklungstendenz wohl geschwächt, aber nicht unterbrochen hat. Die Bedeutung dieses Aufschwungs der Landwirtschaft und infolgedessen auch der Kaufkraft der Bauernschaft ist außerordentlich groß. Wie groß diese Bedeutung ist, ersieht man aus folgendem: Im vorigen Jahre hatten wir noch eine Absatzkrise; unsere Industrie lag darnieder, weil sie keine Abnehmer finden konnte. Der Aufschwung der Landwirtschaft während dieses einen Jahres hat die Konjunktur trotz der Mißernte so stark geändert, *daß heute ein Warenhunger herrscht.* Die Industrie hat nicht *genug* Waren, um die Bedürfnisse des Dorfes und der Landwirtschaft zu befriedigen.

Das Anwachsen der Landwirtschaft diente als Grundlage für den Wiederaufbau unserer Industrie, für die Gesundung des Budgets und für den Fortschritt unseres gesamten Wirtschaftslebens. Es erwies sich

als die Hauptvoraussetzung für die Entwicklung der Städte, für die Entwicklung der Industrie und für die Entwicklung der Arbeiterklasse.

Aus diesem Anwachsen der Landwirtschaft dürfen wir keineswegs die Schlußfolgerung ziehen, daß die Not der Bauernschaft bereits überwunden sei, daß es in den Dörfern keine Armut mehr gäbe, daß die Bauernschaft keine Entbehrungen kenne. Soweit sind wir noch nicht. In einigen Gebieten lebt die Bauernschaft noch in größter Not, aber seit einigen Jahren sind wir bereits auf dem Wege eines dauerhaften und verhältnismäßig raschen Aufschwunges in der Landwirtschaft und einer Besserung der Lage der Bauernschaft.

II.

Die Entwicklung der Industrie.

Ich gehe jetzt zu einer kurzen zahlenmäßigen Charakteristik unserer Industrie über. Der Entwicklung der Industrie lagen die Tatsachen zugrunde, die ich euch bezüglich der Landwirtschaft darlegte. Das Anwachsen des Wohlstandes im Dorfe, des Wohlstandes der Bauernschaft, ermöglichte die Entwicklung unserer Industrie und in erster Linie jener Industrie, die die Bauernschaft, den bäuerlichen Besitz versorgt, das heißt *der leichten Industrie.* Nach der leichten Industrie begann sich auch die *Schwerindustrie* zu erholen. Als wir vom Kriegskommunismus zur neuen Wirtschaftspolitik übergingen, betrug die ganze Produktion unserer Industrie 18 bis 20 % der Vorkriegsindustrie. Im Laufe der letzten Jahre nahm die Produktion der Industrie von Jahr zu Jahr um ungefähr 30 bis 40 % zu und *erreichte zu Anfang des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres* 50 % der Vorkriegsproduktion. Wenn wir in Betracht ziehen, daß wir beim Uebergange zur neuen Wirtschaftspolitik nur 20 %, jetzt aber 50 % der Vorkriegsproduktion haben, so ist das ein sehr großer Fortschritt, aber trotz dieses sehr raschen Wachsens produzieren wir immer noch nicht mehr als die Hälfte dessen, was vor dem Kriege erzeugt wurde. Bis in die jüngste Zeit handelte es sich, wenn wir von den Erfolgen unserer Industrie sprachen, hauptsächlich um die leichte Industrie.

Heute können wir bereits einige wenn auch noch nicht sehr große Erfolge unserer Schwerindustrie verzeichnen. Besonders groß sind diese Erfolge bezüglich der Gewinnung von mineralischen Heizstoffen. So konnten wir unsere *Erdölproduktion,* die im Jahre 1920/21 233 Millionen Pud betrug, im Jahre 1923/24 auf 360 Millionen Pud, *also auf 55 % der Vorkriegsproduktion erhöhen.*

Kohle.

Unsere Kohlenförderung ergab im Jahre 1921 nicht mehr als 27 % der Vorkriegsproduktion, und wir erlebten eine Heizmaterialkrise nach der anderen. Im vergangenen Jahre betrug die Kohlenproduktion 53 % der Vorkriegsproduktion. Unsere Kohlenindustrie ist aber in diesem Jahre *zu weit vorgeschritten.* Sie ist fast der einzige Zweig unserer Industrie, der seine Produktion so weit erhöhte, daß er gegenwärtig keinen Absatz finden kann; daher muß er ein wenig ein-

geschränkt werden. Sie ist zu vorgeschritten im Vergleiche zu allen übrigen Produktionszweigen. Im *Donezbecken* liegen als totes Kapital einige 10 Millionen Pud Kohlen, die keinen Absatz finden können. Daher muß das Anwachsen der Heizmaterialproduktion mit der Entwicklung ihres Hauptkonsumenten, das heißt der übrigen Industriezweige, mehr in Einklang gebracht werden.

Erdöl.

In einer gewissermaßen anderen Lage befindet sich unsere Erdölförderung, die sehr stark entwickelt werden kann. Unsere Naphthawerke arbeiten in bedeutendem Maße *für den ausländischen Markt.* Unsere Naphthaausfuhr erreichte im vorigen Jahre *85 % des Vorkriegsexports.* Der Umstand, daß die Bilanz unserer Naphthaindustrie jetzt in bedeutendem Maße durch den Export gedeckt wird, hat nicht nur eine außerordentlich große wirtschaftliche Bedeutung, sondern unser Naphthaexport stellt sozusagen einen internationalen Sieg der russischen Industrie dar. Unser Naphthasyndikat mußte sehr viel Mühe, Energie anwenden, um seine Positionen auf den ausländischen Märkten zu befestigen, da diese Märkte von den größten westeuropäischen Erdölgesellschaften besetzt sind. Diese Aufgabe hat unser Naphthasyndikat erfüllt, zum Teil im Wege von Vereinbarungen mit einigen Firmen. Jetzt bahnt sich unser Erdöl von Monat zu Monat einen immer breiteren Weg nach dem Auslande.

Metall.

Schlimmer ist es um die Metallindustrie bestellt. Ich glaube, daß dieser Kongreß *den Fragen der Metallindustrie die größte Aufmerksamkeit widmen wird.* Ich kann noch keine endgültigen Angaben bezüglich der Aussichten der Metallindustrie für das nächste Jahr geben, da die Arbeiten der Metallkommission, des Rates für Arbeit und Verteidigung und des Instituts für Planwirtschaft noch nicht abgeschlossen sind. Dennoch ist das Problem des Metalles heute natürlich das wichtigste wirtschaftliche Problem sowohl infolge der Anzahl des in der Metallindustrie beschäftigten Proletariats wie auch hauptsächlich infolge seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Der Wiederaufbau des Grundkapitals, die Ausrüstung unserer Fabriken, die Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Inventars hängt von der Entwicklung der Metallindustrie ab. Auf Grund der Entwicklung der Metallindustrie können wir darüber urteilen, in welchem Maße das industrielle Gerippe unserer ganzen Wirtschaft sowohl unserer Industrie wie auch unserer Landwirtschaft wiederhergestellt ist. *Die Metallindustrie ist in ihrer Entwicklung weit hinter den übrigen Industriezweigen zurück,* auch die Erzgewinnung, die an die Metallindustrie angrenzt und sich abhängig von ihr entwickelt.

Im Jahre 1921/22 wurden nicht mehr als 10 Millionen Pud Gußeisen erzeugt. Ich kann es nicht genau sagen, wieviel Prozente der Vorkriegsproduktion das sind, keinesfalls jedoch mehr als 5 %. Das ist eine ganz klägliche Zahl. Im Jahre 1923 betrug unsere Gußeisenproduktion bereits 40 Millionen Pud, daß heißt viermal so viel als vor zwei Jahren. Unsere Produktion von Martinstahl stieg von 36 Millionen Pud im Jahre 1922/23 auf 60 Millionen Pud im Jahre 1923/24. Das ist eine Erhöhung von 66 % während eines einzigen Jahres. Das gleiche Bild sehen wir auch in der Walzeisenproduktion.

Was die Aussichten für das Jahr 1924/25 anbelangt, *so ist eine Erhöhung der Gußeisenproduktion von 40 auf 60 Millionen Pud vorgesehen.* Gegenüber dem Vorkriegsniveau stellt das immer noch nur etwas über 20 % dar, während alle anderen Industriezweige (mit Ausschluß der Erzgewinnung) durchschnittlich auf einem Niveau von 50 bis 60 % der Vorkriegshöhe stehen.

Was den *Martinstahl* anbelangt, so wird im nächsten Jahre eine Produktion von 81 Millionen Pud, das heißt um 38 % mehr als in diesem Jahre erwartet. Gegenüber den Vorkriegsjahren beträgt das ungefähr 30 bis 33 %. In der *Walzeisenproduktion* werden wir gegenüber der Vorkriegszeit 35 % produzieren. So ist die Lage unserer Metallindustrie.

Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der Schwerindustrie.

Die Hauptschwierigkeit beim Wiederaufbau der Schwerindustrie besteht darin, daß wir sie nicht wiederaufbauen können, *wenn wir uns nur auf den Markt stützen.* Unsere Industrie hat sich während des alten Regimes mit Hilfe staatlicher Riesenaufträge — Eisenbahn-, Brückenbauten usw. — entwickelt. Die Produktion der gangbaren Marktware war für einen großen Teil unserer gigantischen Metallfabriken nur eine *Neben*produktion.

Unserem Budget stehen gegenwärtig keine Mittel zur Verfügung, um Arbeiten zu beginnen, die auch nur einigermaßen dem Bau der alten sibirischen Eisenbahn ähnlich sein könnten. Daher hängt der Wiederaufbau unserer Industrie *in viel höherem Maße vom bäuerlichen Markt ab, als es früher der Fall war.* Gegenwärtig bedarf aber die Landwirtschaft in unvergleichlich höherem Grade als vorher *landwirtschaftlicher Maschinen und landwirtschaftlicher Inventargegenstände.* Ebenso stark ist das Bedürfnis unserer Industrie nach Ergänzung des Grundkapitals, nach der Neuausrüstung unserer Fabriken. Das Tempo der Wiederherstellung des Grundkapitals in unserer Industrie und in der Landwirtschaft, von der eben in bedeutendem Maße das Tempo der Entwicklung der Metallindustrie abhängt, wird von dem Umfange der Akkumulation bedingt, die die Form des Reingewinnes in der Industrie und die Form von Steuern in unserem Budget annimmt. Andere Mittel und Quellen des Wiederaufbaues des Grundkapitals stehen uns nicht zur Verfügung. Ich ziehe hier ausländische Anleihen nicht in Betracht. Ich glaube, daß unsere englischen Gäste euch schon über die wenig günstigen Aussichten einer Anleihe wenigstens in London bereits gesprochen haben. In anderen Ländern haben wir vorläufig auch keine besseren Aussichten. Das setzt der Entwicklung unserer Metallindustrie sehr enge Grenzen.

Die verarbeitende Industrie.

Die verarbeitende (leichte) Industrie, die für den breiten Konsumentenmarkt arbeitet, die ihr Kapital rasch umsetzt, erholt sich viel schneller. Ich werde hier nicht alle Zweige der leichten Industrie aufzählen. Ich nehme hier nur die Baumwollindustrie, die hier die führende Rolle spielt. *Im Wirtschaftsjahr 1923/24 erhöhte sie ihre Produktion auf das Sechsfache der Produktion von 1920.* Für das *Wirtschaftsjahr 1924/25* wird *eine weitere Ausdehnung* der Baumwollindustrie um ungefähr 60 % vorgesehen. Im Verhältnis zur Vorkriegs-

höhe produziert sie bereits über 60 %. Wenn das Rohmaterial reichen wird, dann werden wir innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre in diesem Industriezweig die Vorkriegsproduktion erreicht haben.

III.

Warenverkehr und Export.

Der Aufschwung der Industrie und ihrer Basis, der Landwirtschaft, wirkte bestimmend für alle übrigen Faktoren unserer Wirtschaft, das heißt für die Entwicklung des Warenverkehrs, für die Erhöhung der Frequenz auf den Eisenbahnen, für die Entwicklung des Handelssystems und als eines Teiles dieses Systems, des Privathandels.

Auf Grund des Anwachsens der Landwirtschaft und der Industrie hat sich auch unser Außenhandel entwickelt. Wenn wir den Umsatz des Außenhandels im Wirtschaftsjahre 1922/23 mit 100 gleichsetzen, *dann beträgt dieser Umsatz im Wirtschaftsjahr 1923/24 bereits 214, also mehr als das Doppelte.* Eine sehr große Rolle bei der Steigerung des Exports spielte das Getreide, das wir im vorigen Jahre in einer Menge von 200 Millionen Pud ausführten. Laut dem Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1924/25 wird unsere Gesamtausfuhr nicht geringer, sondern noch etwas höher als im vorigen Jahre sein, trotzdem unter den Ausfuhrartikeln das Getreide fehlen wird; denn wir sehen jetzt schon ganz klar, daß wir Getreide nicht ausführen können und auch nicht ausführen werden. Den dadurch in unserem Export entstandenen Ausfall wollen wir *durch eine starke Steigerung der Ausfuhr von Erdöl, Manganerzen, Holz ersetzen.* Das ist natürlich nur ein Programm, das noch genauer ausgearbeitet wird Ich persönlich bin nicht davon überzeugt, daß es zu hundert Prozent durchgeführt werden wird. Dennoch bin ich davon überzeugt, daß ein bedeutender Teil der durch den Ausfall der Getreideausfuhr geschlagenen Bresche durch die gesteigerte Ausfuhr anderer Waren, hauptsächlich durch die Ausfuhr von Baumaterial Erdöl usw. ausgefüllt werden wird.

Das waren die wichtigsten Zahlen, die den Grad der Entwicklung unserer Wirtschaft im vergangenen Jahre charakterisieren. Man kann nicht sagen, daß unsere Wirtschaft in gleichmäßigen und geraden Schritten auf die Höhe gelangte, auf der sie heute steht.

Die Preispolitik.

Die Hauptfrage, die wir während des vergangenen Jahres lösen mußten, um die Möglichkeit einer ununterbrochenen Weiterentwicklung unserer Wirtschaft zu sichern, waren meiner Ansicht nach zweierlei: *erstens die Aufgaben der Preispolitik und zweitens die Frage der stabilen Währung.* Ohne eine Lösung dieser beiden Fragen konnten wir gar nicht an eine richtige progressive Entwicklung unserer Landwirtschaft und unserer Industrie denken. Ueber diese beiden Fragen sind wir uns besonders im Herbste vorigen Jahres anläßlich der Absatzkrise klar geworden. Es ist euch bekannt, daß wir die Absatzkrise mit der Herabsetzung der Preise, mit einer Politik beantworteten, die es der Industrie ermöglichen sollte, den Bauernmarkt auszunutzen, da wir uns

darüber klar waren, daß ohne eine Herabsetzung der Preise die Industrieprodukte nicht von der Bauernschaft gekauft worden wären. Dank unserer Preispolitik erzielten wir folgende Resultate: im *Herbst 1923,* als die Absatzkrise auf ihrem Höhepunkt stand, als wir einen Ueberfluß an Waren und einen Mangel an Abnehmern hatten, betrug der Winkel der „Schere" 3,10. Das bedeutet, daß die Industrieprodukte im Verhältnis zu den Friedenspreisen *dreimal so teuer* waren als die landwirtschaftlichen Produkte. Dadurch entstand eine Lage, die man als einen Boykott der Industrie durch die Bauernschaft bezeichnen könnte. *Auf politischem Gebiet hätte das zum Bruch des Bündnisses zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse führen können.* Die Bauern kauften keine Industrieprodukte, die Industrieprodukte fanden keinen Absatz und der Wiederaufbau der Industrie und der ganzen Wirtschaft kam in eine Sackgasse.

Die Politik der Preisherabsetzung hatte zur Folge, daß sich der Winkel der „Schere" bis auf 1,46 schloß, *daß also die Industrieprodukte heute nicht mehr dreimal, sondern eineinhalbmal soviel kosten als die landwirtschaftlichen Produkte.* Ihr seht also, *daß ein sehr großer Erfolg erzielt wurde.* Diese Politik des Kampfes gegen die allzu hohen Preise der Industrieprodukte und die allzu niedrigen Getreidepreise eroberte für die Industrie und für die Arbeiterklasse einen bäuerlichen Markt; die Nachfrage ist stark angewachsen und die Absatzkrise verwandelte sich in ihr Gegenteil, *in einen Warenhunger.* Jetzt kann die Industrie den Bauernmarkt nicht befriedigen. Das bedeutet, daß für den Absatz der Industrieprodukte sich unbeschränkte Möglichkeiten eröffnen. *Durch unsere Preispolitik haben wir die unbedingte Notwendigkeit der Erweiterung des Marktes auch für die nächsten Jahre sichergestellt.*

Die stabile Währung.

Dieser Erfolg wäre aber nicht von Dauer, wenn wir ihn nicht mit einer anderen riesenhaften Errungenschaft erlangt hätten: *mit der Einführung der stabilen Währung.* Der Handelsverkehr geht unter der neuen Wirtschaftspolitik unter den Verhältnissen des *Geldverkehrs* vor sich.

Ohne eine feste Währung gibt es keinen stabilen Weg, auf dem die Waren aus den Fabriken ins Dorf oder aus dem Dorf in die Fabriken gelangen, weil eine stets sinkende Währung auf diesem Wege solche Abgründe reißt, daß dadurch der Warenverkehr nicht nur gestört, sondern zuweilen auch ganz unmöglich gemacht wird. *Durch die Einführung der festen Währung haben wir in bezug auf den Warenaustausch Stadt und Land, Fabrik und Landwirtschaft fest miteinander verbunden* und einen stabilen Weg für den Austausch der Produkte der Industrie und der Landwirtschaft gefunden. Viele zweifelten daran, daß es uns gelingen wird, eine feste Währung zu schaffen, als wir in bolschewistischer Art den Beschluß faßten, mit dem Sowjetrubel in kurzer Zeit aufzuräumen und an seiner Stelle eine feste Währung einzuführen. Jetzt weiß schon jeder, daß diese kolossale Reform, die eine der wichtigsten Voraussetzungen des Wiederaufbaues unserer ganzen Wirtschaft darstellt, vollkommen durchgeführt, *vollkommen beendet ist, und zwar innerhalb einer kurzen Zeit.* Ich glaube, daß kaum jemand der hier Anwesenden noch alte Sowjetrubel in der Tasche hat.

Es bestand die Gefahr, daß wir im Budget Ausgaben haben werden, für deren Deckung keine Einkünfte und Einkunftsquellen vorhanden

sind, und dann zu einer neuen Papiergeldemission werden Zuflucht nehmen müssen. Dem Wesen nach hätte diese Emission eine Rückkehr zum sich entwertenden Sowjetrubel bedeutet, da dieser sich ja auch deshalb entwertet hatte, weil wir das Valutensystem auf eine Zeit durch das „Typographische System", das heißt durch das System der unbeschränkten Herausgabe von ungedeckten Sowjetnoten ersetzt hatten. Diese Gefahr besteht auch heute noch, da, wenn wir ein ungedecktes Defizit haben und zu seiner Deckung zur Emission von Papiergeld schreiten, wir die feste Währung zu Fall bringen können. *Im laufenden Jahre haben wir zum ersten Male unser Budget ohne Inanspruchnahme der Papiergeldemission ins Gleichgewicht zu bringen verstanden.* Wenn ihr mich fragt, ob dieses Budget gut oder schlecht ist, dann sage ich euch, daß es einerseits gut ist, weil es *keine Emission* enthält, und weil es ein ganz reales Budget ist, das heißt alles, was im Budget gesagt ist, auch verausgabt werden wird. Es ist *andererseits schlecht,* weil es eine ganze Reihe von dringenden Bedürfnissen *nicht* enthält und für einige Bedürfnisse *zu wenig* aufwendet.

Der Staatshaushalt und die Entwicklung unserer Wirtschaft.

Was ich da sagte, weiß ja auch jeder von euch, und nicht nur aus der Praxis der Finanzierung der Wirtschaft, sondern auch aus der Praxis der Finanzierung unserer Hochschulen, Arbeiterfakultäten, aus dem Zustande unseres Gesundheitswesens usw. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist unser Budget schlecht, weil es die Bedürfnisse unserer Union, sogar in bezug auf ganz dringende Ausgaben nicht befriedigt, weil es die Bedürfnisse breiter Massen der Bevölkerung, sei es auf dem Gebiete der Ausdehnung unseres Schulnetzes, sei es des Netzes unserer Kulturinstitutionen, nicht befriedigt. Für ein ideales Budget kann es also keinesfalls gehalten werden. Man kann sich nur mit ihm abfinden, insoweit es den Ausgangspunkt für den schnelleren Wiederaufbau unserer Wirtschaft darstellt. Mit einem solchen Budget können wir ein Jahr oder höchstens zwei Jahre auskommen, aber auf die Dauer ist es natürlich unmöglich, auf die Befriedigung sehr wesentlicher Bedürfnisse zu verzichten.

Das diesjährige Budget müssen wir trotzdem annehmen, wie es ist, da es das einzige mögliche Budget ist, und die Stabilität unseres ganzen Geldsystems, die Stabilität unserer Valuta garantiert, die günstige Weiterentwicklung unserer Wirtschaft ermöglicht und uns gestatten wird, auf Grund dieser Entwicklung unser Budget für die nächsten Jahre rasch zu vergrößern. Daher handelt es sich nicht darum, auf eine Reihe von Bedürfnissen zu verzichten, die für jeden klare und berechtigte Bedürfnisse sind, sondern darum, die Befriedigung dieser Bedürfnisse um ein oder höchstens zwei Jahre aufzuschieben und sie streng im Einklange mit der Zunahme unserer Einkünfte und mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu befriedigen.

Zur Steuerfrage.

Es sind hier Genossen aus allen Gebieten der Sowjetunion anwesend, und ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, um auf eine Frage zu antworten, die mir in jeder Versammlung gestellt wird: Warum ist bei uns die Schule noch schlecht, warum ist unser Budget klein und die Steuerlast größer als früher? Ich erkläre, daß das nicht wahr ist. *Die Steuerlast ist bei uns nicht größer, sondern geringer als*

je. Die Berechnungen des Volkskommissariats für Finanzen zeigen, daß, wenn wir alle direkten und indirekten Steuern zusammenrechnen, die wir in diesem Jahre einzuheben wünschen, *sieben Rubel auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. In der Vorkriegszeit betrug die Steuerlast pro Kopf der Bevölkerung elf Rubel.* Dabei ist die Kaufkraft unseres heutigen Goldrubels geringer als die des Friedensrubels.

Was die landwirtschaftliche Steuer anbelangt, so beträgt sie für das laufende Jahr ungefähr 4 % des Ertrages der Landwirtschaft.

Das schwache Angebot von Getreide findet nicht darin seine Erklärung, daß die Bauernschaft keine Steuern bezahlt (sie bezahlt sie — aber nicht aus dem Erlös des Getreideverkaufes, sondern aus irgendwelchen anderen Mitteln), sondern darin, daß sie das Getreide zurückhalten kann. *Das bedeutet, daß die Steuerlast verhältnismäßig leicht ist.* Wir glaubten, sie sei so schwer, daß sie ein größeres Getreideangebot auf dem Markt hervorrufen würde, wir haben uns darin aber geirrt. Es gibt eine ganze Reihe von Gebieten, so zum Beispiel der Nordkaukasus und einen Teil der Ukraine, wo die Bauern die landwirtschaftliche Steuer aus dem Erlös des Verkaufes der Produkte der Viehzucht (Milch, Sahne, Butter usw.) und des Verkaufes von Melonen, im Nordkaukasus überdies aus dem Verkauf von Sonnenblumen usw. bezahlten. Die zweite Quelle, aus der die Bauernschaft die Steuer bezahlt, ist die Kleinviehzucht, deren Umfang in einigen Gegenden den Vorkriegsumfang zu übersteigen beginnt. Dadurch wurde das bedeutende Fallen der Fleischpreise hervorgerufen. Das Getreide verkauft die Bauernschaft aber, obwohl die Getreidepreise dreimal so hoch sind wie im vorigen Jahre, äußerst vorsichtig.

Die hohen Getreidepreise.

Unbemerkt ging ich von den Fragen, die wir im vorigen Jahre gelöst haben, zu den Fragen über, die wir in diesem Jahre zu lösen haben. Im vorigen Jahre waren die „Schere", die Preispolitik, die stabile Währung und das Budget die Hauptmomente unserer Wirtschaftspolitik. Abgesehen von einigen Teilmißerfolgen *haben wir im wesentlichen diese Fragen gelöst* oder sind wenigstens in ihrer Lösung weit fortgeschritten. Unsere heutigen Schwierigkeiten bestehen in den hohen Getreidepreisen, im Mangel an Zirkulationsmitteln und im Warenhunger.

Im September vorigen Jahres kostete Roggen beim Bauern an Ort und Stelle 27 Kopeken. Im September dieses Jahres kostete er 62 Kopeken. Weizen kostete 53 Kopeken, heute 96 Kopeken. Das ist der wichtigste Wirtschaftsfaktor des gegenwärtigen Moments. In ihm liegen die wichtigsten Knotenpunkte unserer Wirtschaft und unserer Politik: *die Fragen des Zusammenschlusses der Arbeiter und der Bauern und die Frage des Verhältnisses der Bauernschaft zur Sowjetmacht.* Die Frage der Getreidepreise bringt die ganze Kompliziertheit unserer Politik in einem bäuerlichen Lande zum Ausdruck.

Die Getreideernte dieses Jahres liegt um etwa 9 bis 10 % *unter* der vorjährigen. Alle statistischen Angaben sprechen aber dafür, daß unser Getreide ohne die geringsten Entbehrungen für die gesamte Bevölkerung der Union *ausreicht. Wir haben einen Plan des Getreideankaufes für die Bedürfnisse der Städte, der Arbeiterklasse, der Armee* usw. ausgearbeitet. Bis zum 1. Oktober hätten unsere verschiedenen Organisationen 170 Millionen Pud ankaufen sollen. Angekauft haben

wir nur 117 Millionen, das heißt um 53 Millionen Pud weniger. Früher wurde in unser Programm auch die Getreideausfuhr eingeschlossen, in diesem Jahre haben wir hierauf vollkommen verzichtet. Die Ankaufspreise haben stellenweise 1,20 Rubel erreicht. Die Partei und die Arbeiterklasse wurden vor die Frage gestellt, welche Politik sie angesichts der hohen und sich stets erhöhenden Getreidepreise einzuschlagen gedenken. Wir antworteten auf diese Frage mit der Festsetzung von *Höchstpreisen* für den staatlichen Ankauf, und zwar für Roggen 57 Kopeken, für Weizen 84,4 Kopeken. (Durchschnittszahl für die ganze Sowjetunion.)

Die Frage muß durch eine Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gelöst werden.

Die Getreidepreise stellen eine Frage dar, die sozusagen eine Verständigung zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft notwendig macht.

Natürlich sind die Arbeiter am billigen, die Bauern aber am teueren Brot interessiert. Unter den Verhältnissen Sowjetrußlands ist es durchaus notwendig, nicht nur wünschenswert. sondern *unbedingt notwendig,* daß die Arbeiterschaft und die Bauernschaft zusammenarbeiten. Notwendig ist es, eine Lösung zu finden, die beide Teile befriedigt. Wir können die Forderung der Bauernschaft nicht annehmen, das heißt wir können ihr für Roggen im Jahre 1924 nicht einen Preis zahlen, der höher als ein Rubel ist. Warum? Weil der Getreidepreis in bedeutendem Maße den Lohn des Arbeiters bestimmt. Der Lohn des Arbeiters bestimmt aber in bedeutendem Maße den Preis der Industrieprodukte. Der Getreidepreis muß bei der Zusammenstellung unseres Budgets in Betracht gezogen werden. Eine unbeschränkte Erhöhung der Getreidepreise würde den Zusammenbruch unseres Budgets bedeuten, da sie die Erhöhung des Arbeitslohnes, die Erhöhung der Warenpreise und den Zusammenbruch unserer ganzen Preispolitik und unseres Kampfes gegen die „Schere" nach sich ziehen würde.

Der Getreidepreis ist einer der Hauptfaktoren der Planwirtschaft. Würden wir auf die Regelung des Getreidepreises verzichten und sie dem freien Markte überlassen, so würden wir dadurch einen der wichtigsten Hebel zur Beherrschung unserer Volkswirtschaft aus den Händen geben. Hierauf können wir natürlich nicht eingehen. Zugleich war aber auch die Unzufriedenheit der Bauernschaft mit den vorjährigen niedrigen Preisen ganz gerecht, da der Preis von 27 Kopeken einen ganz elenden Preis darstellte, der die Bauernschaft nicht an der Hebung der Landwirtschaft interessieren konnte.

Es mußte ein Preis gefunden werden, der die Bauernschaft befriedigt, die landwirtschaftliche Produktion für sie vorteilhaft gestaltet und zur gleichen Zeit nicht zum Zusammenbruch unserer Währungspolitik, unserer Budgetpolitik und zu keiner allgemeinen Erhöhung der Preise aller Industrieprodukte führt. Daher haben wir Höchstpreise in der Höhe von durchschnittlich 75 Kopeken für alle Getreidesorten festgesetzt, das heißt Weizen etwas höher, Roggen etwas tiefer, Hafer noch tiefer usw.

Im Vergleiche zum Vorjahre setzten wir einen sehr hohen Preis fest, aber einen Preis, der weder unsere Planwirtschaft, noch unsere Lohn- und Preispolitik vereitelt und uns ermöglicht, unsere Preisabbaupolitik in der Industrie fortzusetzen, wenn auch — ich wiederhole — unsere Höchstpreise niedriger sind als die Preise, die auf dem Markte elementar entstanden sind. Die Frage der Höchstpreise wird gegen-

wärtig unter der Bauernschaft überall diskutiert, und natürlich werden die Gewerkschaftsmitglieder es nicht vermeiden können, sich mit den Bauern über diese unter den heutigen Verhältnissen grundlegende Frage auseinanderzusetzen. Jeder Arbeiter muß die Antwort bereit haben, warum man nicht gestatten kann, daß die Getreidepreise unbeschränkt und elementar in die Höhe springen: darum, weil das letzten Endes auch nicht im Interesse der Bauernschaft liegt.

Die Methoden des Kampfes gegen die hohen Getreidepreise.

Worin liegt die Hauptursache der hohen Getreidepreise in diesem Jahre? Die Hauptursache besteht, wie erwähnt, darin, daß die Bauernschaft ihre Steuerpflichten nicht aus dem Getreideverkauf, sondern aus anderen Einnahmequellen der Landwirtschaft erfüllen konnte. Außerdem besteht meiner Ansicht eine weitere Ursache in dem verhältnismäßig geringen Getreideertrag infolge der im Vergleiche zum Vorjahre schlechteren Ernte und zugleich in der erhöhten Nachfrage nach Getreide seitens der Mißerntegebiete. Eine dritte Ursache besteht in dem nicht allzu guten Zustande der Herbstsaat, die in einer Reihe von Gebieten, in einem Teil der Gouvernements Woronesch, Tambow, Pensa und Saratow unter dem Durchschnitt steht, und dieser Umstand bewegt die Bauern dazu, sich für das nächste Jahr Reserven zu schaffen und vorläufig mit dem Verkaufe zu warten. Natürlich würde im Frühjahr im Falle besserer Ernteaussichten diese Ursache entfallen. Endlich besteht eine vierte Ursache darin, daß wir in unserer Kampagne für die Erweiterung der Anbaufläche im Kampfe gegen die Folgen der Mißernte im Südwesten mehr als 30 Millionen Pud Saatgetreide dem Markte entziehen mußten. Das sind die vier Hauptursachen, die die hohen Getreidepreise ergeben.

Die Hauptmethoden des Kampfes gegen die allzuhohen Getreidepreise sind: *Die Erweiterung der Anbaufläche, die Erhöhung der Getreidemenge, die Intensivierung und der Aufschwung der Landwirtschaft. Nur als vorübergehende Maßnahme für dieses eine Jahr darf die Festsetzung von Höchstpreisen betrachtet werden.* Die Erhöhung der Getreidemenge ist die Hauptmaßnahme, wodurch wir bewirken können, daß in Zukunft eine solche Erscheinung, wie wir sie in diesem Jahre bezüglich der Getreidepreise hatten, nicht wiederkehrt. Trotz der hohen Getreidepreise haben wir in diesem Jahre der Bauernschaft eine *nicht unbeträchtliche Saathilfe* zukommen lassen, da die Saathilfe die Erweiterung der Anbaufläche, die Erhöhung der Getreidemenge für das nächste Jahr ermöglicht.

Der Warenhunger.

Die zweite Frage unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist der Warenhunger. Lenin sagte seinerzeit, daß die Arbeiterklasse der Bauernschaft zeigen muß, daß es ihr unter der Diktatur der Arbeiterklasse nicht schlechter geht als unter der Diktatur der Gutsbesitzer und der Adeligen, daß die nationalisierte Industrie ihre Bedürfnisse nicht schlechter befriedigt, als sie in der kapitalistischen Ordnung befriedigt wurden.

Heute haben wir einen Warenhunger, der die Interessen der Bauernschaft sehr schmerzvoll berührt, einen Warenhunger, infolgedessen wir die elementaren Bedürfnisse der Bauern nicht befriedigen können. Anfangs glaubten wir, daß dies eine zufällige Erscheinung

sei, und die Mehrheit unserer Planwirtschaftler war der Meinung, daß die starke Nachfrage nach Waren mit dem Abschluß der Ernte, mit der Realisierung der landwirtschaftlichen Produktion zusammenhinge, und daß wir in einem Monat eine Depression auf dem Markte haben werden. Die Realisierung der Ernte ist aber beendigt, das Getreide ist gemahlen und zum Teil auch schon verkauft, und noch immer sehen wir keine Depression auf dem Markte und der Warenhunger dauert unvermindert an. *Die einzige Möglichkeit der Lösung dieses Warenhungers besteht in der Erweiterung der Industrie, die bereits in Angriff genommen wurde,* darüber habe ich euch bereits berichtet, als ich von der Textilindustrie sprach. Ich fürchte aber, daß diese Erweiterung sich als *unzureichend* erweisen kann, da die Erweiterung unserer Industrie nicht nur von den Bedürfnissen des Marktes, sondern auch von der Menge jener Mittel abhängt, über die die Industrie verfügt und die wir ihr kreditieren können. Diese Mittel sind vorläufig noch unbedeutend. Daher wird es auch in diesem Jahre, ebenso wie im vorigen Jahre, vielleicht mit einigen Variationen, nötig sein, einen Teil unseres Goldvorrates für diesen Zweck zu verwenden. *Im vorigen Jahre haben wir eine bedeutende Menge von Rohmaterial im Auslande gekauft, besonders viel Baumwolle. In diesem Jahre werden wir voraussichtlich das gleiche tun müssen,* und zwar mittels der Ausnutzung der Ueberschüsse der aktiven Handelsbilanz.

Wenn sich aber die Industrie nicht so rasch entwickeln kann, um die dringendsten Bedürfnisse des Marktes zu befriedigen, dann ist während der Uebergangszeit, die zur Entfaltung der Produktion nötig ist, *auch ein Import mancher Fertigwaren möglich.* Diese Frage wird gegenwärtig erörtert — die Frage, was und wieviel wir einführen sollen — endgültige Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden.

Unsere Handelspolitik.

Die nächste Frage unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik hängt mit unserer Handelspolitik zusammen. Hier auf dem Kongreß kam ein Genosse, der in einer Arbeitergenossenschaft tätig ist, zu mir und beklagte sich, daß seit einigen Tagen ein gewisser „Druck" auf die betreffende Arbeitergenossenschaft ausgeübt werde. Dieser Druck bestehe darin, daß man ihr nicht alles gegen Kredit gibt, und wenn man es auch tut, so nur unter der Bedingung einer 50 %igen Baranzahlung. Solche Klagen hörte ich auch von Vertretern landwirtschaftlicher Genossenschaften. Alle Genossenschaften fordern, daß die Industrie sie als ihren Agenten betrachtet und ihr alle Waren je nach dem Umfange der Nachfrage gegen Kredit abgeben möge. Wir können das nicht tun. In dieser Beziehung muß *die Politik der Genossenschaften mit der allgemeinen Politik und den allgemeinen Interessen in Einklang gebracht werden.*

Die betreffende Genossenschaft fordert von den Textilfabriken einen unbeschränkten Kredit. Die Textilindustrie kann ja diesen Kredit nur zu Lasten ihrer Umlaufmittel gewähren. Nur auf Kosten ihres Zirkulationskapitals kann die Industrie den Genossenschaften Darlehen gewähren. Daher muß dieser Kredit wenigstens in einem solchen Maße eingeschränkt werden, daß er nicht ein ernstes Hindernis für die Erweiterung der Industrie darstellt.

Die Zirkulationsmittel der Industrie sind bis heute ganz gering — das ersieht heute jedes Gewerkschaftsmitglied schon daraus, daß sein

Lohn manchmal unpünktlich ausbezahlt wird. Die Forderung nach einem unbeschränkten Kredit für die Genossenschaften würde nicht nur die Erweiterung der Industrieproduktion hemmen, sondern auch weitere Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung des Arbeitslohnes nach sich ziehen. Soll das geschehen oder nicht? Ich glaube nicht. Der Unterschied zwischen den Engros- und den Detailpreisen ist bis heute noch außerordentlich groß, besonders bei den privaten Kaufleuten. Bei den privaten Kaufleuten beträgt dieser Unterschied bei Kattun 73 %, bei Zucker 47 % usw. usw. (Angaben für Moskau, September 1924.) Dieser Preisunterschied hat gegenwärtig folgende zwei Ursachen: 1. den Warenhunger, 2. die Schwäche der Genossenschaften. Die Handelspolitik, die wir während des letzten Jahres geführt haben, mußte von einigen lokalen Organen in der Weise aufgefaßt werden, daß wir in zwei, drei Jahren die ganze Bevölkerung durch Genossenschaften erfassen und hierzu das notwendige Kapital hergeben müssen. Das ist ein Selbstbetrug. Heute von der Industrie unbeschränkte Warenkredite für die Genossenschaft fordern, die noch dazu nicht immer rechtzeitig getilgt werden, heißt, große Mittel der Industrie für Handelszwecke entziehen und *die Erweiterung der Produktion verhindern.* Je mehr Mittel der Industrie bei einem unzureichenden Zirkulationskapital in den Handel hineingezogen werden, um so geringere Möglichkeiten wird sie für die Erweiterung der Produktion haben. Diese Erweiterung der Produktion wird ihr aber durch die Nachfrage des Marktes, durch die Nachfrage der Bauernschaft diktiert.

Genossenschaften und Privathandel.

Ist also eine solche Politik unbeschränkter Kredite für die Genossenschaften auf Kosten der Industrie weiter möglich? Meiner Ansicht nach nicht. Die unbeschränkte Kreditgewährung an die Genossenschaften und die Erdrückung des Privathandels wurde praktisch oft unrichtig durchgeführt. Mir sind Fälle bekannt, wo die Genossenschafter in die Stadt kommen, Kredite fordern und sie in einer Reihe von Fabriken auch bekommen, ohne daß sie für ihre Kreditfähigkeit andere Belege hätten als die Broschüre Lenins: „Ueber die Kooperation". Das ist aber kein kommerzielles Dokument. Infolgedessen können wir in der nächsten Zukunft eine Krise der unteren Genossenschaftsorganisationen erleben, in denen große Mittel der Industrie auf sehr lange Zeit gebunden liegen. Den privaten Kaufmann, wenn er auch bar bezahlen will, lassen viele Trusts und Fabriken nicht über die Schwelle. Im Kampfe gegen den Privatkaufmann werden oft *administrative* Druckmittel angewendet, und dann sagt man: „Wir haben den Privathändler auf der wirtschaftlichen Front besiegt." Die Genossen, die so sprechen, vergessen manchmal, daß man die Front der wirtschaftlichen Konkurrenz nicht mit der administrativen Front verwechseln darf. Wir wissen schon längst, daß die politische Macht und der Verwaltungsapparat in unseren Händen ist. *Wir müssen alles daran setzen, den Privatkaufmann mit wirtschaftlichen Mitteln zu besiegen,* und das ist schwerer. Diese Mißstände wie der rein administrative Druck auf den Privatkaufmann müssen aufhören, die unbeschränkten Kredite an die Genossenschaften auf Kosten der Industrie müssen revidiert werden, manchmal müssen wir auch das Privatkapital ausnutzen, wenn es für die Entwicklung des Handels Barmittel vorschlägt.

Wir befinden uns in einer Lage, wo es uns an Mitteln für die Entwicklung der Fabriken und für die Erhöhung des Zirkulationskapitals mangelt, wo wir noch nicht ganz auf jeden Dienst des Privatkapitals auf dem Gebiete des Handels verzichten dürfen, wenn dieser Dienst für die Industrie vorteilhaft ist.

Es wurden mir Bezirke genannt, wo der Privatkaufmann verdrängt, an seiner Stelle aber kein anderer Handel organisiert wurde. Sie haben dort eine Hälfte der Beschlüsse des XIII. Parteitages „Ueber die Bekämpfung des Privathandels" durchgeführt, die andere Hälfte aber, die Organisierung eines gemeinschaftlichen Handels, haben sie vergessen — in diesen Bezirken gibt es gar keinen Handel. Das ist schon ein Verbrechen gegen die Wirtschaft und gegen die Bevölkerung. Die Genossenschaft muß in Zukunft viel mehr auf kommerzielle Grundlage gestellt werden und die Industrie nicht als eine unbeschränkte Darlehnsquelle betrachten. Sie muß selbst Geld hergeben, es von der Bevölkerung einbringen und nicht allein und ausschließlich auf den Staat rechnen.

Darum muß der an die Genossenschaften gewährte Kredit einigermaßen eingeschränkt werden. Natürlich werden wir auch weiterhin alles aufbieten, wozu nur die Partei, die Regierung und unsere Finanzen fähig sind, um die Genossenschaften zu entwickeln, aber in der Weise, daß dadurch nicht unsere Fabriken und unsere Industrie geschädigt werden. Das ist die letzte Frage unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die ich in meiner Rede berühren wollte.

IV.

Die Arbeitsproduktivität.

Ich werde mich jetzt kurz mit der Frage beschäftigen, die unsere weitere Politik auf mehrere Jahre hinaus bestimmen wird — das ist die Frage der Arbeitsproduktivität und der Wiederherstellung des Grundkapitals. Ueber die Arbeitsproduktivität hat euch Genosse *Sinowjew* bereits ausführlich gesprochen. Die Frage der Arbeitsproduktivität hängt mit der ganzen Organisation unserer Industrie und mit der Organisation einer neuen Gesellschaftsform zusammen. Die Hauptaufgabe unserer Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht darin, die Wirtschaft, besonders die Industrie, so zu organisieren, *daß sie bei möglichst geringem Arbeitsaufwand möglichst viel Produkte hervorbringt. Wir müssen die Technik und die Organisation der Arbeit auf eine höhere Stufe bringen.* Das ist aber nicht nur eine Frage des gegenwärtigen Augenblicks, sondern eine Frage der ganzen Uebergangsperiode.

Sobald die Arbeiterklasse beweist, daß sie unter den Bedingungen der Arbeiterdiktatur die Arbeit und die Arbeiter besser organisieren kann als Ford und die anderen Kapitalisten, so löst sie dadurch die wichtigste Frage der ganzen Oktoberrevolution und beweist dadurch in einer für jeden sichtbaren Weise an Hand der wirtschaftlichen Praxis den Vorzug unseres Systems gegenüber dem kapitalistischen

System in der schwersten Frage. Wenn wir diese wichtigste, schwierigste Frage der ganzen Politik des Sowjetstaates gelöst haben werden, dann werden wir mit Recht sagen können, daß alle Hauptschwierigkeiten der Uebergangsperiode überwunden sind.

Ich wiederhole: *Die Frage der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Erhöhung derProduktivität der Industrie ist eine Kardinalfrage der ganzen Uebergangsperiode,* der ganzen Oktoberrevolution, sie ist die Kardinalfrage unserer ganzen Wirtschaft, deren Lösung eine Reihe von Jahren erfordert.

In unserer heutigen Lage können wir kaum ihre Lösung in Angriff nehmen, weil diese Aufgabe sowohl die Rekonstruktion unserer Industrie wie auch die Vervollkommnung unserer Maschinen, die Lösung der Frage der Näherbringung der Fabriken an die Heiz- und Rohmaterialquellen, die Frage der Elektrifizierung usw. umfaßt. Sie steht in einem engen Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Grundkapitals der Industrie, und nur einen Teil dieser Aufgabe stellt die Hebung der Arbeitsproduktivität und die einzelnen Verbesserungen dar, die für uns bereits auch heute erreichbar sind. Aber aus dieser ganzen Kette der Aufgaben ist für uns mit unseren heute vorhandenen Mitteln die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf dem gegebenen Niveau der Produktivkräfte am zugänglichsten. Wenn das jetzt die aktuellste Frage ist, so ist sie es darum, weil uns die Mittel ihrer sofortigen Lösung zur Verfügung stehen, während die anderen Wege — die Elektrifizierung, die Frage einer gründlichen Neuausrüstung unserer ganzen Industrie durch die neuesten Maschinen und Werkzeuge — von der Möglichkeit der Inanspruchnahme von ungeheuren Mitteln, *von der Akkumulation unseres Kapitals abhängen.* Um in den Besitz dieses Kapitals zu gelangen, müssen wir von jener Produktionsgrundlage ausgehen, die den Arbeitern und den Bauern bereits zur Verfügung steht. Durch die Akkumulation der Ueberschüsse, durch die allmähliche Vergrößerung der Reichtümer des Landes werden wir auch alle übrigen Aufgaben lösen.

Wir arbeiten auch gegenwärtig an ihrer Lösung, vorläufig aber noch in ungenügendem Maße. Unser Amortisationsfonds und unsere Voranschläge für den Wiederaufbau der Industrie betragen 100 bis 200 Millionen, während wir hierzu Milliarden brauchen, um sie während einer Reihe von Jahren in immer steigendem Maße in unserer Industrie anzulegen, wenn wir ernstlich zur sozialistischen Gesellschaft gelangen wollen. Die Möglichkeit hierzu hängt in erster Linie von der Produktivität der Arbeit des Arbeiters und des Bauern ab, zweitens vom Kampfe gegen die Betriebsunkosten und vom Aufräumen mit einer ganzen Reihe von Widersinnigkeiten, die es heute noch in unserer Wirtschaft gibt.

Nur unter der Bedingung einer raschen Hebung der Arbeitsproduktivität ist die Lösung aller übrigen Kardinalfragen denkbar. Davon wird auch in bedeutendem Maße das Schicksal der Diktatur der Arbeiterklasse abhängen. Denn wenn die Diktatur der Arbeiterklasse dem Volke, der Bauernschaft, der ganzen 130 millionenköpfigen Bevölkerung der Sowjetunion keine anschaulichen Lehren darüber gibt, daß sich unter der Arbeiterdiktatur die Arbeit der Fabriken verbessert, die Produkte billiger werden, daß das Leben unter der Räteherschaft mit jedem Jahre leichter wird — dann wird sich natürlich ohne die Erfüllung dieser Bedingung die Diktatur nicht behaupten können.

Der Zusammenschluß von Stadt und Land.

Ich komme nun zur letzten Frage, die für die Arbeitermassen sehr aktuell ist, das ist die Frage des Verhältnisses zwischen Stadt und Land. Jeder spricht heute vom Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Welche Frage unserer Wirtschaft auch immer auf die Tagesordnung kommen mag, die Entfaltung der Industrie, die Kattunpreise usw. usw., jeder betrachtet sie unter dem Gesichtspunkt des Zusammenschlusses der Arbeiter und Bauern.

Warum ist das gerade jetzt unvermeidlich? Der Arbeiter hatte die Oktoberrevolution zusammen mit den Bauern durchgeführt. Die Bauern führten zusammen mit dem Arbeiter den Bürgerkrieg und besiegten die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie. Zu dieser Zeit war sozusagen ein politischer Kontakt, ein politisches Bündnis, ein *politischer Zusammenschluß zwischen diesen beiden Klassen in der Frage der Beendigung des Krieges, der Niederwerfung des Zarismus, der Verjagung der Gutsbesitzer, der Bourgeoisie vorhanden.* Hier haben Ursachen gewirkt, die das Bündnis der Arbeiter und Bauern selbst dem rückständigsten Bauern anschaulich machten. Wenn wir aber das Wirtschaftsleben der Periode des Kriegskommunismus betrachten, dann merken wir, daß das Dorf während dieser Periode selbständig lebte, daß es fast gar nicht mit der Stadt verbunden war — weder in bezug auf den Warenverkehr, noch in kultureller Beziehung. Die Statistik selbst für das Jahr 1921 zeigt, daß die Industrieprodukte den Bauern fast gar nicht erreichten.

Die Periode der Zwangsverteilung war für den Bauern sehr schwer. Das war eine Zeit, wo die Verbindung zwischen dem Alltagsleben des Dorfes mit der Industrie fast vollkommen unterbrochen war und wir zwei Klassen vor uns hatten, von denen jede ihr eigenes Leben lebte. Heute hat sich all dies radikal geändert. Heute verbinden Tausende von Fäden die Stadt mit dem Dorfe. Der Wiederaufbau der Bauernwirtschaft, von dem ich euch gesprochen habe, bedeutet ein riesiges Anwachsen der Nachfrage des Dorfes sowohl nach Kulturwerten wie auch nach wirtschaftlichen Werten — Traktoren, Pflügen usw. Das ist überall bemerkbar. *Dieser Wiederaufbau der Bauernwirtschaft, nach dem die Bauernschaft mit großem Eifer strebt, ist nur auf Grund der Verbindung zwischen Stadt und Land denkbar.* Das ist schon aus solchen konkreten Beispielen ersichtlich, wie die Fälle, wo der Bauer seinen Jungen in die Stadt zur Sowjetexekutive schickt, damit sie lernen, was ein Traktor ist und wie man mit ihm umzugehen hat.

Diese neuen Lomonosows*) ziehen aus dem Dorfe zu den Arbeitern, weil sie innerhalb der Rahmen des Dorflebens nicht jene Fragen, die vor ihnen stehen, lösen können. Das gleiche kann auch auf jedem beliebigen Kulturgebiete und auch auf dem Gebiete des Sowjetaufbaues beobachtet werden. Auf der ganzen Linie kettet sich das Leben des Dorfes und der Stadt immer mehr aneinander. Auf der Grundlage der sich entwickelnden Bauernwirtschaften steht das Streben der Bauern nach Kultur, nach der Intensivierung ihrer Wirtschaft. Jetzt ist Stadt und Land bereits durch außerordentlich enge Bande miteinander verbunden, und daher drängen sich uns die Fragen des Zusammenschlusses in immer schärferer Form auf.

---

*) Lomonosow = berühmter russischer Dichter, der aus einer ganz armen Bauernfamilie stammte und zu einem der Begründer der russischen Literatur geworden ist.

Der Bauer verfolgt mit der größten Aufmerksamkeit, was in der Stadt geschieht, und weiß, wie sehr der Arbeiter beschäftigt ist, wie er lebt, er weiß, daß dem Arbeiter Erholungsheime, Kinderkrippen usw. zur Verfügung stehen. Der Arbeiter kennt heute noch das Dorf viel weniger als der Bauer die Stadt. Im Interesse des Zusammenschlusses ist es notwendig, *daß der Arbeiter auch das Kennenlernen des Lebens und der Nöte der Bauernschaft als eine seiner Aufgaben betrachtet.* Die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Arbeiterorganisationen und die Partei müssen sich *in Wirklichkeit* als Führer der Bauernschaft erweisen, sowohl im Sinne der *wirtschaftlichen* Unterstützung der Bauernschaft als auch im Sinne ihrer *kulturellen* Unterstützung usw. Geschieht das nicht, dann werden die verschiedenen Glieder der sich immer mehr vergrößernden Verbindungskette zwischen Stadt und Land zu äußerst krankhaften Erscheinungen führen. Daher wird jetzt überall die Parole laut: *„Das Gesicht dem Dorfe zu!"* als Hauptparole der Politik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft. Die Durchführung dieser Parole hat heute eine größere Bedeutung als je vorher. Die gegenseitige Verknüpfung der Interessen der Stadt und des Dorfes hat bereits einen hohen Grad erreicht. Es ist aber notwendig, daß die Arbeiterklasse unter diesen Bedingungen viel mehr Verständnis für das Leben des Dorfes und für dessen Ansprüche an den Tag legt, als es bisher geschehen ist. (Stürmischer Beifall.)

V.

Diskussion zum Referat des Genossen Rykow.

Genosse Ugaroff (Ukraine) bemerkt, daß den Gewerkschaftern die kolossalen Fortschritte der Industrie in den letzten Jahren bekannt sind, erachtet es jedoch für notwendig, auf einige Tatsachen aufmerksam zu machen, die der weiteren Entwicklung der Produktion hindernd im Wege stehen.

In der Ukraine ist die Schwerindustrie noch immer um einen Monat mit den Lohnauszahlungen im Rückstand, ja in einigen Zweigen noch länger. Die Bereitstellung der Lohnsummen ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Man muß aber in Betracht ziehen, *daß jeder Tag, an dem der Lohn nicht ausgezahlt wird, negativ auf die Produktivität zurückwirkt* und die Tätigkeit der Partei- und Sowjetorganisationen schwächt. Gewöhnlich erhält der Arbeiter 40 % seines Lohnes, die restlichen 60 % werden ihm durch Krediteröffnung in den Konsumvereinen vergütet, in einigen Ortschaften entnehmen die Belegschaften Waren in voller Höhe des Lohnes. In vielen Fällen sind infolgedessen die Arbeiter nicht in der Lage, ihren Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Diese anormale Erscheinung muß möglichst rasch beseitigt werden.

Die Hebung der Arbeitsproduktivität stößt des öfteren auf eine falsche Auffassung der uns gestellten Aufgaben. Einige Genossen glauben, es handele sich um eine gegenwärtig aktuelle Kampagne, nach deren Erledigung alles beim alten bleiben würde. Daher hören

wir in unserer Agitation keine Entgegnungen, werden aber praktische Schritte unternommen, so treten schädliche Abweichungen unter den Wirtschaftern zutage. Wir sind für eine volle Ausnutzung der achtstündigen Arbeitszeit, gegen Arbeitsversäumnis, gegen Nichtstuer, gegen Simulanten; die Maßnahmen gegen diese bilden jedoch nur einen Teil unserer Arbeit. Den zweiten müssen wir gemeinsam mit den Wirtschaftern durchführen. In der Praxis können wir eine recht eigentümliche Auffassung unserer Wirtschaftsorgane über die Maßnahmen feststellen, die zur Hebung der Arbeitsproduktivität dienen sollen. Das Recht, die Arbeitsnormen zu erhöhen, gründen sie auf die alten Löhne, ohne die technischen Möglichkeiten und die Grenzen der individuellen Arbeitsintensität in Betracht zu ziehen. *Einige* sagen sogar, *die Betriebsräte wären ein ernstes Hindernis für die Hebung der Produktion*, es wäre Zeit, sie aufzulösen. Dergleichen Erscheinungen in einem so verantwortungsvollen Augenblick müssen *energisch bekämpft* werden. Die Regierungsvertreter müssen zu ihnen Stellung nehmen, damit sich endlich ein richtiger Standpunkt zu dieser Frage Bahn bricht.

Ebenso wird zu wenig Aufmerksamkeit *der technischen Rückständigkeit unserer Betriebe* gewidmet. Allerdings sollen dem die Produktionskommissionen abhelfen, aber bei ihrer Organisierung sind einige Mängel festzustellen, so daß die Befürchtungen nicht unbegründet erscheinen, daß diese Kommissionen das Schicksal ihrer zahlreichen Vorgänger teilen werden, die auf dem Papier stehengeblieben sind.

*

Genosse Lepse (vom Zentralkomitee der Metallarbeiter) stellt *die außergewöhnliche Rolle der Metallindustrie* für den Wiederaufbau der gesamten Volkswirtschaft fest. Er beruft sich auf den Genossen Lenin, der verschiedentlich in seinen Reden die Bedeutung der Schwerindustrie hervorgehoben hat. Auch der 13. Parteitag widmete sich dieser wichtigen Frage und deshalb wäre es nur zu natürlich, daß auch der Gewerkschaftskongreß an ihr nicht teilnahmslos vorbeiginge. Genosse Rykow hat in seinem Referat geäußert, die Schwerindustrie ist in ihrer Entwicklung stark hinter der Fertigindustrie zurückgeblieben. Die Nachfrage nach Metallprodukten ist aber kolossal gewachsen. Es genügt wohl der Hinweis, daß *das Syndikat „Jugostahl" seine Jahresproduktion im voraus verkauft hat.* Die Schwerindustrie findet bei uns zu wenig Beachtung, obwohl es keinen Industriezweig gibt, der nicht von ihrer Entwicklung abhängig ist.

Redner verweist auf die überschüssigen Kohlenreserven im Donbassin und meint, daß diese voll ausgenutzt worden wären, wenn die Metallindustrie des Donbassins gleiche Fortschritte gemacht hätte. Die Textilindustrie kann nicht mehr wie früher ihre technischen Anlagen vernachlässigen, da auf dem Markte nur Nachfrage nach einwandfreien Fabrikaten besteht. Folglich müssen die Textilfabriken modernisiert werden, d. h. die Maschinenindustrie ist zu erweitern.

Bei der steigernden Nachfrage nach Metallerzeugnissen darf die Produktion der Vorkriegszeit nicht mehr unser Ideal bleiben. Wir müssen sie übertreffen und werden dies erreichen.

Die Gewerkschaften haben ihre Aufmerksamkeit auf die Metallindustrie zu richten. Die Hochöfenanlagen sind abgenutzt. Es fehlt an Werkbänken, es mangelt an einer richtigen Uebersicht, so daß

häufig Bestellungen ins Ausland gehen, die im Inlande ausgeführt werden könnten.

An der Ausarbeitung der Produktionspläne der Metallindustrie müssen die Vertreter aller Industriezweige teilnehmen, denn nur so kann etwas tatsächlich reales geschaffen werden. Die oberen Organe der Sowjetregierung haben in den letzten zwei Jahren der Metallindustrie bedeutende Summen zur Verfügung gestellt. Sie genügten jedoch nicht, um ihr das Schritthalten mit den anderen Industriezweigen zu ermöglichen.

Von großer Wichtigkeit ist *die rechtzeitige Bestätigung des Produktionsprogramms.* Im verflossenen Jahre wurde dieses erst im Mai bestätigt. Und obwohl das Produktionsprogramm für 1924/25 rechtzeitig fertiggestellt wurde, ist seine Bestätigung noch heute nicht erfolgt. Die Regierungsvertreter müssen auf die Kommissionen, denen diese Arbeit zufällt, einen entsprechenden Druck ausüben.

Mit den *Bankkrediten* ist auch nicht alles so, wie es sein sollte. Sie werden nicht gleichmäßig verteilt. Dadurch entstehen für die Metallbetriebe Komplikationen.

Ein großes Hindernis bildet die Wohnungskrise. Wird hier in nächster Zukunft keine Abhilfe geschaffen, so ist es unmöglich, das erweiterte Programm der Metallindustrie in Angriff zu nehmen, da es an Wohnungen für die Arbeiter fehlt. Die für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Summen sind unzureichend.

Redner erachtet es für notwendig, die Frage aufzuwerfen, die Wirtschaftsorganisationen zur Abführung eines bestimmten Prozentsatzes von Lohnsummen an den Baufonds zu verpflichten.

*

Genosse Radtschenko konstatiert einige Mängel in unserer Industrie. Die Organe, die das Wirtschaftsleben zu regeln haben, besitzen keine genügend feste Linie. Vor zwei Jahren schrie man überall, es fehle an Kohlen im Donbassin und heute werfen dieselben Organe dem Donbassin vor, es wäre zu viel Kohle gefördert, so daß 20 bis 30 Millionen Pud als totes Kapital festliegen. Hätte man damals ein genaues Programm ausgearbeitet, so brauchte man jetzt nicht Vorwürfe zu erheben.

In der Industrie herrscht überhaupt Systemlosigkeit. Vor zwei Monaten bemühten sich die Lokomotivwerke in Lugansk um die Lieferung eines bestimmten Modells. Der Auftrag lautete schließlich auf ein anderes, so daß die Entwürfe umgearbeitet werden mußten. Das Modell der Lugansker Werke wurde einer anderen Fabrik zur Ausführung übertragen, die sich ebenfalls umstellen mußte. Die Kontrolle über Auslandsaufträge funktioniert nicht. Die Putilowschen und Nikolajewschen Werke sind ohne Arbeit, während Lieferungen ins Ausland vergeben werden. Alles, was wir selbst ausführen können, muß in unseren Fabriken bestellt werden, besonders trifft dies für den Schiffsbau zu.

Bezüglich der Metallindustrie sagt Genosse Radtschenko, daß zwischen dem Ural und Südrußland ein Konkurrenzkampf tobt. Der Streit, welche Aufträge an die Metallindustrie im Ural und welche an die Südrußlands gehen müssen, ist absolut unnötig, denn es steht historisch fest, daß die Ural-Metallindustrie für leichtere Typen und die Südrußlands für schwerere geeignet ist. Es wird die Meinung vertreten, der Selbstkostenpreis pro Pud im Ural käme billiger. Dies

ist nur auf die rechtzeitige Deckung mit Heizmaterial und auf die niedrigeren Löhne zurückzuführen.

Die Kreditpolitik bewegt sich bei uns in falschen Bahnen. Bei den Notaren häufen sich die Wechsel. Darunter leidet der Warenkredit. Wir müssen also den Umlauf der Wechsel beschleunigen und die Konkurrenz zwischen den wirtschaftlichen Organen beseitigen.

Ungenügend ausgenutzt werden die technischen Arbeitskräfte. Diesen muß eine größere Verantwortung übertragen werden.

Das Genossenschaftswesen, an dem die Arbeiter im Donbassin mit 84 % ihres Lohnes beteiligt sind, muß nicht nur moralisch, sondern auch materiell unterstützt werden.

*

Genosse Weinberg (Leningrad) spricht über die Hebung der Arbeitsproduktivität und macht darauf aufmerksam, daß sich die Wirtschafter bisher nicht über die für die einzelnen Betriebe erforderliche Zahl der Arbeitskräfte im klaren sind. Ueberall *übersteigt das vorhandene Arbeitspersonal die tatsächlich erforderliche Zahl von Arbeitskräften.* Wenn die einzelnen Betriebe verpflichtet werden, die Lieferungen an die Trusts zu einem festen Preise abzugeben, so würden sie auch vorsichtiger bei der Einstellung von Arbeitskräften handeln.

Man will die Arbeitsproduktivität heben, schenkt jedoch zu wenig Beachtung kleinen technischen Verbesserungen, die angesichts unserer *abgenutzten technischen Anlagen* dringend erforderlich sind. Hier liegt der Schlüssel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und nicht auf dem Gebiete der Intensivierung der Arbeitsleistung. Es müssen ferner Maßnahmen getroffen werden, *um einen neuen Stamm von Meistern aus den gewöhnlichen Arbeitern heranzuziehen.*

Gänzlich unhaltbar ist die *Nachlässigkeit, mit der die Leningrader Metallindustrie behandelt wird,* insbesondere die Maschinenbauindustrie, die in Leningrad 40 % der gesamten Unternehmungen dieser Art der Union umfaßt. Trotz Abnutzung der technischen Anlagen haben die dortigen Fabriken einen großen Wert und müssen unbedingt unterstützt werden.

*

Genosse Chintschuk (Zentrosojus: Genossenschaftszentrale) weist in seiner Entgegnung auf die Aeußerungen des Genossen Rykow bezüglich der *Genossenschaften* auf die Tatsache hin, daß sie es waren, die während der Krise im Herbst die Hauptlast zu tragen hatten. Infolge der allgemeinen schweren finanziellen Lage des Landes mußten sie damals vorübergehend ihre Zahlungen einstellen. Inzwischen ist ein Jahr verflossen und der Zentrosojus hat alle übernommenen Verpflichtungen erfüllt. Selbst in der schwersten Zeit hat sich der Umsatz der Genossenschaften um mehr als 30 bis 40 % gesteigert.

Die Erhöhung des Umsatzes um das Drei- bis Dreieinhalbfache, was mehr als eine Milliarde Rubel ausmacht, läßt sich wohl kaum ausschließlich durch die Ausübung eines administrativen Druckes erklären. Genosse Rykow sagt, den Genossenschaften wären Vergünstigungen eingeräumt worden, um das Privatkapital zu verdrängen. Wir haben davon nichts gemerkt, nur schöne Resolutionen gehört. Bei einer Zahlungsfrist von 30 bis 45 Tagen ist eine breitangelegte Entwicklung der Genossenschaften unmöglich. Die Arbeiter machen den größten Teil ihrer Einkäufe in diesen. Die Befriedigung ihrer

Ansprüche in vollem Umfange ist nur mit Unterstützung der Regierung möglich.

Wechsel der Genossenschaften sind allerdings zum Protest gegeben worden, aber ein nicht geringerer Prozentsatz protestierter Wechsel entfällt auf den Privat- und staatlichen Handel.

Genosse Chintschuk schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die von den Genossenschaften gemeinsam mit den Gewerkschaften geleistete umfangreiche Arbeit und bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die Delegierten nach ihrer Rückkehr die Genossenschaften fördern mögen.

*

Genosse Sowzoff (Ukraine) verweist auf die *unrichtige Verteilung der Kredite durch die Industriebank:* 60 % werden der Fertigindustrie und nur 30 % der Schwerindustrie zur Verfügung gestellt. Sorge ist auch für eine genauere Durchführung der Programme zu tragen. So ist das Schiffsbauprogramm zwar bestätigt, aber bisher sind keine Aufträge gegeben worden.

Redner stellt die Masseneinfuhr von Metallfabrikaten aus dem Auslande fest. Seiner Ansicht müßte man in der Frage der Hebung der Metallindustrie von Worten zu Taten schreiten, die Frage bolschewistisch lösen, wie dies mit der Geldreform geschehen ist.

*

Genosse Amosoff (Zentralkomitee der Eisenbahner) spricht über die *Verbindung des Transportwesens mit den anderen Industriezweigen.* Die Verkehrswege müßten ausgebessert werden, neue Schienen und Schwellen gelegt werden. Statt dessen werden Gegenstände geliefert, die erst in sechs bis sieben Jahren in Frage kommen. So ständen in den Depots 3000 Lokomotiven und weitere 160 sollen auf Grund des Produktionsprogrammes geliefert werden. Das Geld wird für unrichtige Sachen ausgegeben und die Reparaturen bleiben zurück. Infolgedessen häufen sich die Eisenbahnkatastrophen. Die großen Lokomotiven können nicht in den Dienst gestellt werden, weil es an Mitteln fehlt, obwohl der Transport sich bedeutend billiger gestalten würde. Die Metallindustrie muß ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen richten.

Das Verkehrswesen soll ohne Defizit arbeiten, wobei die Frachttarife kaum 83 % der Vorkriegszeit betragen und die Kohlenpreise um das Doppelte gestiegen sind. Die Löhne der Eisenbahner sind stark zurückgeblieben. Die Verbesserung ihrer Lage wird immer wieder abhängig gemacht von einer besseren Ausnutzung der Arbeitszeit oder vom Abbau des Personals. Unter solchen Umständen kann die Hebung der Produktivität im Verkehrswesen auf taube Ohren stoßen. Dies beweist, daß die Schwerindustrie im Interesse ihrer Entwicklung nicht nur den Transport im Auge behalten muß und bei der Verteilung der Lieferungsaufträge auch die Lage des Transportwesens in Betracht zu ziehen ist.

*

Genosse Guly (Charkow) sagt, der Antagonismus zwischen den einzelnen Industriezweigen bedroht die Entwicklung der Volkswirtschaft. Die Tendenz, *einander die fetten Bissen streitig zu machen,* die bei der Verteilung der Lieferungsaufträge zutage tritt, darf nicht geduldet werden. Ferner muß sich die Industrie der Aufnahmefähig-

keit des Marktes anpassen und bei der Ausarbeitung von Programmen nicht die natürlichen Grenzen überschreiten. Redner fordert zum Schluß, daß für die Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte Sorge getragen wird.

*

Genosse Chanin konstatiert die von der Regierung geleistete umfangreiche Arbeit für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes. Selbstverständlich sind Mängel vorhanden. *Vieles muß noch getan werden, aber die Grundlagen sind da.* Die Sowjetregierung hat die richtige Bahn eingeschlagen.

Die wichtigste Aufgabe, die vor uns steht, ist *die Festigung des Zusammenschlusses mit der Bauernschaft.* Das kulturelle Niveau der Landarbeiter muß gehoben werden, zu welchem Zwecke den Organisationen in den Dörfern Mittel anzuweisen sind.

*

Genosse Rosenthal (Ural) sagt, Genosse Rykow hätte in seinem Bericht das Problem der Arbeitsproduktivität nicht von allen Seiten beleuchtet. Die Aussichten unserer Wirtschaft sind jedoch von der erfolgreichen Lösung dieser Frage abhängig. Im *Ural* steigt die *Arbeitsproduktivität* nach Abschluß des neuen Kollektivvertrages im April *systematisch.* Vom Oktober 1923 bis Juli 1924 hat sich die Produktivität um 34 % erhöht, während die Löhne um 35 % in die Höhe gegangen sind. Und zwar sind letztere im Januar in Verbindung mit der Umstellung auf die Tscherwonetzwährung am stärksten gestiegen. Beim Oktoberabschluß des Vertrages erfolgte eine weitere Steigerung des Tarifes. Erwähnung verdient, daß die Arbeiter den Maßnahmen zur Hebung der Produktivität volles Entgegenkommen zeigen. *Das Tempo der Produktivitätssteigerung überholt jetzt das des Lohnzuwachses. Es ist daher angebracht, nicht nur die Mängel zu erwähnen, sondern auch die Errungenschaften.* Und das wird verabsäumt. Die Arbeiter, deren Arbeitsintensität ständig zunimmt, wissen nicht, was sie dazu sagen sollen, und die Bauern erhalten den Eindruck, daß wir nur von der Produktivität schwätzen, in der Tat jedoch nichts unternehmen.

Eine weitere Frage, die Redner zufolge von dem Referenten ungenügend behandelt worden ist, ist die *organisatorisch-technische.* Wird nur die Arbeitsleistung gesteigert ohne gleichzeitige Verbesserungen in dieser Richtung, so sind günstige Resultate auf dem Gebiete der Arbeitsproduktivität nicht zu erwarten. Pflicht der Regierung ist es, alles in Bewegung zu setzen, denn die bisherigen Ergebnisse dieses Teiles unserer Arbeit sind äußerst gering. Das sehen auch die Arbeiter. Nicht nur die Wirtschafter, sondern wir alle müssen eingreifen.

Sodann verweist Genosse Rosenthal darauf, daß die Aufträge an die Fabriken nicht nach einem bestimmten Plane gegeben werden. So liegt der Lieferungsauftrag auf Eisenbahnschienen, der für die Werke in Nadeschdinsk bestimmt ist, seit Monaten in den verschiedenen Kommissionen und das Ergebnis sind Lohnschulden in dem erwähnten Betriebe.

Im Ural sind große Erfolge bezüglich Durchführung des Produktionsprogrammes zu verzeichnen. Daher muß der dortigen Industrie vom Zentrum Unterstützung zuteil werden.

VI.

Schlußwort des Genossen Rykow.

Genossen, in der Diskussion zu meinem Referat haben mehrere Redner das Wort ergriffen. Außerdem sind an mich unzählige schriftliche Anfragen gerichtet worden und zwar nicht nur betreffs einzelner Industriezweige, sondern auch seitens von Betrieben und sogar von Branchen.

Es ist mir selbstverständlich unmöglich, alle Fragen zu beantworten, die sehr oft einen rein privaten Charakter tragen. Ich möchte nur bemerken, sollten einige Genossen aus meiner Rede die Schlußfolgerung gezogen haben, auf dem Gebiete der Arbeitsorganisation, der administrativen Tätigkeit, der Betriebsordnung usw. stände alles zum besten, so würden sie damit einen großen Fehler begehen. *Es bleibt noch sehr viel zu tun übrig.* Mißbräuche, Fehler und mangelhaftes Arbeiten kann in den oberen und unteren Organen festgestellt werden.

Trotz einer Reihe organisatorischer Erfolge ist unsererseits erst der kleinere Teil der Arbeit getan, um unsere Apparate im Zentrum und in der Provinz, in den Sowjetinstitutionen und in den Fabriken richtig in Schwung zu bringen. Ich betone entschieden, *es bleibt uns der weit größere Teil der erforderlichen Arbeit zu erledigen.*

Genossenschaftswesen und Privathandel.

Und nun komme ich zu den Einwänden des Genossen Chintschuk bezüglich meiner Ausführungen über das Genossenschaftswesen und den Privathandel. Möglich, daß ich mich unrichtig ausgedrückt habe, da der Eindruck entstanden ist, als ob ich gegen die Genossenschaften wäre. *Die Genossenschaften sind ein organischer Teil des sozialistischen Gesellschaftsaufbaues.* Ohne diese, ohne ihr ständiges Wachsen werden wir nicht zum Sozialismus gelangen. Daher fordert das Programm der Kommunistischen Partei und die Politik der Arbeiterklasse von uns eine verstärkte Arbeit zur Entwicklung des Genossenschaftswesens. In dieser Grundfrage gibt es weder eine Meinungsverschiedenheit noch eine Aenderung der Politik. Ich nehme also an, daß Genosse Chintschuk mich falsch verstanden hat, da er behauptet, daß ich gegen die Unterstützung der Genossenschaften sei. Ich habe von den einzelnen Momenten unserer Arbeit gesprochen, die die Heranziehung der Bevölkerung zur Genossenschaftsbewegung betrifft.

Ich beabsichtige nicht, diesbezügliche Ziffern zu veröffentlichen. Ich verweise auf die Tatsache, daß die Verschuldung der Genossenschaften sehr groß ist. Stellt man ihr Aktiv und Passiv gegenüber, so ergibt sich klar eine Störung des notwendigen Gleichgewichts. Die eigenen und fremden Kapitalien, mit denen sie arbeiten, stehen in keinem Verhältnis zueinander. Vergleicht man ferner die Verschuldung der Genossenschaften mit den Einlagen der Teilhaber, so ergibt sich ebenfalls ein großer Rückstand.

Ich sage nicht, daß die nicht rechtzeitig eingelösten Wechsel einen großen Prozentsatz ausmachen. Ich richte nur die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß die Verschuldung der Genossenschaften den Trusts gegenüber eine Verringerung des ohnedies unzureichenden Um-

satzkapitals unserer Industrie nach sich zieht und folglich ihre Entwicklung hemmt. Bei der gegenwärtigen starken Nachfrage nach Industrieprodukten hängt aber der Ausbau der Produktion ausschließlich von der Höhe der Betriebskapitalien ab.

Ich bin nicht für eine „Gleichheit", nicht dafür, daß den Genossenschaften keine Privilegien dem Privathandel gegenüber eingeräumt werden, wie mir dies Genosse Chintschuk vorwirft. Es muß aber Maß gehalten werden, denn sonst kommen wir zu einer Industriekrise. Bisher haben sich die Genossenschaften auf Kosten des Industriekapitals rascher entwickelt. Sie sind von der Industrie finanziert worden und die umfangreichen, eingeräumten Kredite an die Genossenschaften bilden die Ursache für die gehemmte Entwicklung der Industrie.

Die Genossenschaften sind zu bevorzugen. Beanspruchen sie aber nur Warenkredite ohne genügende Sicherung und erscheint dagegen ein Privathändler, der gegen bar kauft und zudem in einer Zeit, wo die Betriebe ihren Arbeitern den Lohn schulden, und überhaupt an Geldknappheit leiden, ist es da angebracht, alle privaten Aufträge zurückzuweisen. Meines Erachtens, nein. Besonders nicht, wenn dadurch die Arbeitsfähigkeit einzelner Zweige unterstützt wird. In dem Umfange wie bisher kann die Industrie den Genossenschaften keine Kredite einräumen. Diese werden sich dazu bequemen müssen, einen Teil der Waren bar zu bezahlen, einen anderen Ausweg sehe ich nicht.

Einige Genossen berufen sich auf die Möglichkeit, die Emission von Banknoten zur Stärkung des Kredits auszunutzen. Wir haben aber schon ziemlich energisch von diesem Mittel Gebrauch gemacht. Eine weitere verstärkte Emission würde den Tscherwonetz bedrohen. *Wahrung der Währungsstabilität, das ist die Grenze, die in Sowjetrußland der Emission gestellt werden muß.* Nicht der Gewinn der Banken noch die Spekulation, sondern die Erwägung, wie weit das Land eine Belastung ohne Gefährdung der Valuta ertragen kann, ist maßgebend.

Der Streit um die Aufträge.

Ich gehe jetzt zu den einzelnen Entgegnungen der Genossen über.

Was hier heute von der Tribüne gesagt worden ist, höre ich jeden Tag im Rate der Volkskommissare, im Rat für Arbeit und Verteidigung, in meinem Arbeitszimmer und auf allen Konferenzen.

Stets ist es das gleiche. Die Ukraine, das Donbassin, das Syndikat „Jugostahl", der Ural usw. beweisen immer wieder, daß gerade die dortigen Betriebe in erster Linie staatliche Lieferungsaufträge bekommen müssen. Und jeder Vertreter glaubt, er wäre im Recht. Geht man von diesem Standpunkt aus, so müßte jeder Betrieb alle Aufträge erhalten. Wie wir also handeln, immer fühlt sich einer „zurückgesetzt", und am meisten das Volkskommissariat für Verkehrswesen.

Genosse Amosoff sagt „die Eisenbahnen werden gezwungen, Bestellungen zu machen, die für sie erst in fünf Jahren in Frage kommen", und er hat recht.

Vor vier Jahren haben wir nämlich einen Fehler begangen, Lokomotiven im Auslande bestellt und dadurch den Transport für eine Reihe von Jahren im voraus sichergestellt.

Das Volkskommissariat für Verkehrswesen wird angewiesen, Lokomotiven in Auftrag zu geben, weil wir die Lokomotivbauwerke nicht

still legen wollen und dürfen. Handelt es sich doch um die Werke in Sormowo, Kolomna usw. Sollten die Abteilungen für Lokomotivbau in diesen ihre Tätigkeit einstellen, so wird es nach fünf bis sechs Jahren nicht möglich sein, sie wieder in Gang zu bringen. Daher ist unser Bestreben darauf gerichtet, sie so weit zu beschäftigen, daß sie nach fünf Jahren ihre Tätigkeit in vollem Umfange aufnehmen können. Das Budget des Volkskommissariats für Verkehrswesen ist zwar defizitlos, die Mittel jedoch, die für die Lokomotivanschaffungen verwandt werden, sind vom Standpunkte des Transportes für andere Zwecke notwendiger.

Genosse Rudsutak hat mir vor einiger Zeit eine recht interessante Eisenbahnkarte gezeigt, auf der mit bunten Stiften die Abschnitte angezeichnet waren, die von schweren Lokomotiven und schwer beladenen Zügen befahren werden, sowie Abschnitte, deren Zustand dies nicht gestattet. Wie ich feststellen konnte, trifft dies für alle Eisenbahnlinien zu. Folglich müssen die Züge entsprechend den schlechteren Abschnitten zusammengestellt werden, wodurch sich der Transport verteuert oder es müssen an bestimmter Stelle andere Lokomotiven vorgespannt und ein Teil der Wagen abgehangen werden.

Der Transport läßt sich außerordentlich verbilligen, wenn eine gründliche Ausbesserung des Oberbaues des Bahndammes vorgenommen wird. Also sind die Transportarbeiter, die vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit des Transportes ausgehen, im Recht. Wir sind jedoch gezwungen, den größten Teil dieser Arbeiten zurückzustellen, da es uns an Geld mangelt, wie übrigens auch für andere notwendige Dinge.

In den Eingaben und Reden wird häufig auf die Lohnrückstände hingewiesen. *Ich glaube, daß die Ursachen dieser Erscheinung jetzt klar geworden sind.*

Die Wirtschafter vergrößern in einigen Fällen das Betriebskapital auf Kosten der Löhne, d. h. was dem Arbeiter als Ertrag seiner Arbeit zusteht, wird für eine Reihe notwendiger Anschaffungen der Industrie verwandt. Und der Grund dafür ist der Mangel an Betriebsgeldern.

Die Lohnrückständigkeit wird mit dem Wachsen des Umsatzkapitals der Industrie aufhören. Solange unsere Produktion unter der Geldknappheit leidet, müssen die Wirtschafter und Gewerkschafter die Arbeit der Betriebe in strengen Einklang mit den finanziellen Möglichkeiten bringen, was nicht geschieht.

Nehmen wir beispielsweise das Donbassin. Dort schuldet man den Arbeitern große Lohnbeträge. Eine der Ursachen ist, daß die Produktion mehr gesteigert wurde als es die Finanzen zuließen. Heute haben wir in den Kohlenreserven ein totes Kapital, deren Förderung einen Teil der Betriebsgelder verschlungen hat.

Kredite an die Fertigindustrie und an die Schwerindustrie.

In den Debatten ist gesagt worden, daß die Fertigindustrie größere Kredite erhält als die Schwerindustrie, wobei als Beweis der Bankkredit der Textilindustrie und des „Jugostahls" usw. diente.

Es ist grundsätzlich falsch, an diese Frage in der Weise heranzutreten. Wir müssen beachten, daß die Schwerindustrie sich zurzeit erst ihre Kapitalien schafft. Daher hat die Bank mit ihrer Erklärung, daß es sich bei der Schwerindustrie nicht um einen kaufmännischen Kredit handele, sondern um ein langfristiges Darlehen und folglich ein solches nur in beschränktem Umfange gewährt werden könne, vom

Standpunkte einer Bank recht. Wollen wir unser Banksystem nicht untergraben, das sich nach den Marktverhältnissen richtet, so müssen die Kredite an diejenigen Betriebe gegeben werden, die einen raschen Umsatz und genügende Sicherheiten haben, daher ist es falsch, die Bankbilanzen und das prozentuale Verhältnis zwischen den Krediten der einzelnen Trusts an dem Kapital der letzteren zu messen.

Ebenso unberechtigt sind die Klagen über die gegenseitige Konkurrenz der Unternehmungen. Die *Konkurrenz* ist vom Standpunkte der neuen Wirtschaftspolitik, des Preisabbaues sowie der Arbeiter und Konsumenten durchaus nicht schädlich, besonders im Hinblick auf den Warenhunger. Das Ziel, das damit verfolgt wird, ist gut. Wollen wir sehen, wer der Sieger bleibt.

Die positive Seite der neuen Wirtschaftspolitik besteht ja gerade darin, daß unsere Arbeit an den Marktverhältnissen und der Konkurrenz gemessen und geprüft wird. Ich befürchte, wir retten zu viel und zu oft. Die neue Wirtschaftspolitik wurde mit der Berechnung eingeführt, *eine Auswahl unserer besten Betriebe* zu treffen, wobei natürlich der eine oder der andere zusammenbrechen würde. Unsere Arbeiter dagegen haben die Auffassung, daß im letzten Moment unbedingt eingeschritten und ein Bankerott nicht zugelassen wird. Wir leiden nicht an einer zu großen Konkurrenz, sondern an einer mangelnden.

Marktverhältnisse.

Genosse Radtschenko hat den durchaus richtigen Hinweis gemacht, daß wir unsere Marktverhältnisse nicht kennen.

Vor einem Jahr habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns über die Verhältnisse auf dem bäuerlichen Markt durchaus im Unklaren sind, was meines Erachtens auch heute noch zutrifft. Die Fehler auf diesem Gebiete sind weit zahlreicher als hier von der Tribüne festgestellt worden ist. Ich entsinne mich eines Falles: gemeinsam mit den statistischen und Wirtschaftsorganen wurde das Programm für den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen ausgearbeitet, und wie sich später herausstellte überstieg die Nachfrage bei weitem den Voranschlag.

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Wie studiert ein kapitalistisches Land seinen Markt? Dort wird das Wachsen der Nachfrage nach den einzelnen Waren in einer ganzen Reihe von Jahren festgestellt. Wir leben in einer revolutionären Periode, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Wiederaufbau der bäuerlichen Wirtschaft stellt an uns Forderungen, die wir aus Mangel an Unterlagen nicht im voraus berechnen können.

Jedes Organ operiert mit Ziffern aus der Vorkriegszeit und bestimmt danach die Nachfrage. Die Daten aus der Vorkriegszeit treffen jedoch für die Gegenwart nicht zu.

Nun könnten wir einen Ausweg finden, indem wir uns Reserven landwirtschaftlicher Artikel anlegen. Dazu bedürfen wir aber großer Summen. Und die fehlen uns. Daher werden auch künftig, bei der Berechnung der Aufnahmefähigkeit des Marktes, Fehler unterlaufen.

Wir verfahren richtig, wenn wir diese Mängel feststellen. Wir müssen aber einsehen, daß ein anderer Ausweg als die Schaffung von Warenvorräten nicht möglich ist, solange nicht ein gewisser Ausgleich auf dem Markte erfolgt ist. Mit jedem Jahr paßt sich die Industrie immer besser den Verhältnissen im Lande an. Sie wird

aber nach meiner Ansicht, wenn auch in geringerem Umfange, vorläufig noch Fehler machen.

Verteilung der Aufträge und die Wohnungsfrage.

Zum Schluß noch zwei Fragen, von denen die erste die richtige *Verteilung der Aufträge,* die rechtzeitige Ausarbeitung und Bestätigung der Produktionsprogramme der Schwerindustrie betrifft. Ich muß hier einschalten, ich habe nicht nur die Ehre, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare zu sein, sondern war auch längere Zeit Ehrenmitglied des Betriebsrates der Sormower Werke. Daher kenne ich sehr gut die nervöse Stimmung in den Betrieben, wenn bei der Ablieferung irgend etwas nicht stimmt, das Produktionsprogramm geändert wird usw. Von diesem ausgehend haben die oberen Regierungsorgane eine besondere Regierungskommission für die Metallindustrie geschaffen, die schon den ganzen Sommer arbeitet. Eine Garantie für den Erfolg ihrer Tätigkeit sehe ich in der Zusammensetzung der Kommission, die Vertreter der Gebiete und der Gewerkschaften umfaßt, desgleichen solch bewährte Genossen wie Dserschinski und Kuibyscheff.

Uebrigens werden die Ergebnisse dieser Kommission bezüglich Ausarbeitung eines Planes für die Metallindustrie demnächst im Rate für Arbeit und Verteidigung besprochen werden. Um unsere Metallindustrie besser zu organisieren, teilen wir ihr unsere fähigsten Mitarbeiter zu. Wir rechnen auch bei Lösung dieser schwierigsten und wichtigsten Frage auf die Unterstützung der Gewerkschaften. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß wir mit gemeinsamer Anstrengung der Wirtschafter und Gewerkschafter bedeutende Verbesserungen sowohl in organisatorischer als auch in allgemeiner Hinsicht erreichen werden.

Und jetzt zur *Wohnungsfrage.* Ich habe sie nicht gestreift, obwohl sie im Konspekte meines Referates aufgenommen ist, weil sie bereits von anderer Seite auf diesem Kongresse berührt wurde.

Die Wohnungsfrage wird in dem nächsten Jahre in dem Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen.

Die Wohnungskrise ist eine allgemeine Tatsache; es gibt Städte, in denen durchschnittlich pro Arbeiter 9 bis 10 qu-Arschin Raum entfallen. Um den bescheidensten sanitären Normen zu genügen, müssen wir die augenblickliche Wohnfläche um ein Drittel vergrößern. Wir haben aber nicht die hierzu erforderlichen Gelder.

Im nächsten Jahre hoffen wir für Bauzwecke 70 bis 100 Millionen Rubel bereitzustellen, die wir durch Einführung einer besonderen Wohnungssteuer und Abzüge von den Gewinnen der staatlichen Betriebe aufbringen wollen.

Die Regierung hat außerdem zur Förderung des Wohnungsbaues verschiedene Vergünstigungen auf dem Gebiete des Transporttarifes usw. eingeräumt. Ich wiederhole aber, *dies alles ist keine radikale Lösung des Problems, die nur durch Bereitstellung riesiger Summen, Hunderter Millionen Rubel, erreicht werden kann.*

Man fragt mich ferner, wie es mit der Auffüllung des Grundkapitals der Industrie steht. Bekanntlich enthalten die Bilanzen der Betriebe eine besondere sogenannte Amortisationsrubrik, d. h. eine Rubrik, in der die Summen für Auffüllung des Grundkapitals abgeschrieben werden. Für Amortisationszwecke wurden 1922 72 Millionen, 1923 94 Millionen und 1924 nach Voranschlag 155 Millionen

bereitgestellt, insgesamt 320 Millionen Rubel, von denen 120 Millionen bereits verbraucht sind, so daß der Amortisationsfonds zurzeit 200 Millionen Rubel beträgt. Diese Summe ist vollständig ungenügend. Die Wirtschafter haben daher die Frage nach Erhöhung des Fonds aufgeworfen und ich glaube, wir werden uns mit ihr Ende dieses Jahres und Anfang des nächsten befassen müssen. Ob wir nun einen besonderen Industriefonds schaffen oder zu einem anderen Mittel greifen, jedenfalls ist es erforderlich, in rascherem Tempo die Mittel zum Wiederaufbau unserer Industrie anzuhäufen.

Zum Schluß noch ein Wort über den Vorwurf, der mir hier gemacht worden ist und der darin besteht, *daß ich die Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeitsproduktivitätssteigerung nicht aufgezählt habe.* Ich muß zugeben, diese Errungenschaften treten überall zutage.

Der Preisabbau, das Zusammendrücken der „Schere" spricht für die Herabsetzung der Gestehungskosten. *Aber das Erreichte genügt nicht.*

Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der technischen Vervollkommnung müssen auch künftig getroffen werden. Der Genosse, der hier behauptet hat, es wäre notwendig, mehr Nachdruck auf die technischen Verbesserungen und die Verantwortung des technischen Personals zu legen, ist im Unrecht. Der Techniker sagt: zieht die Arbeiter mehr heran und der Arbeiter: packt die Techniker fester an. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Beide Parteien sind schärfer anzufassen. *Die politische Verantwortung vor dem Lande für die Erhöhung der Produktivität trägt jedoch die Arbeiterklasse,* deren Aufgabe es also ist, nach beiden Seiten hin zu drücken, um maximalste Erfolge zu erreichen.

VII.

Resolution zum Referat des Genossen Rykow.

Der VI. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion stellt die unzweifelhafte Verbesserung in allen Zweigen des Volkswirtschaftslebens, besonders in der Fertigindustrie und in der Landwirtschaft, fest und ist der Ansicht, daß diese Errungenschaften in der Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion hauptsächlich infolge der gemeinsamen Bemühungen der werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen, der Gesundung der Finanzwirtschaft der Sowjetunion auf dem Wege der erfolgreich durchgeführten Währungsreform und jener Preispolitik möglich geworden sind, die, nach der Verminderung der Selbstkosten der Industriewaren und nach der Herabsetzung der Nebenausgaben auf dem Gebiete des Handels strebend, die Schaffung eines bäuerlichen Marktes für die Industrie gesichert hat.

Der in den letzten Monaten beobachtete Warenhunger und die hohen Getreidepreise fordern eine neue Erweiterung der Industrie zur Befriedigung der Bedürfnisse des bäuerlichen Marktes und zur Entwicklung der Landwirtschaft auf der Grundlage der unbedingten Fest-

haltung der festen Währung und der weiteren Herabsetzung der Preise für Industriefabrikate.

Das Bedürfnis nach Erneuerung des landwirtschaftlichen Inventars und nach Ausstattung der industriellen Unternehmungen und des Transports wird immer größere Anforderungen an die Metallindustrie stellen. Die Regierung muß sich darum bemühen, daß diese Forderungen rechtzeitig befriedigt werden können.

Darum hat die Entwicklung der Metallindustrie, die noch immer hinter der Entwicklung der übrigen Wirtschaftszweige zurückbleibt, gegenwärtig eine besondere Bedeutung.

Von der Ansicht ausgehend, daß die Sache der Steigerung der Arbeitsleistung wie auch die technische und organisatorische Verbesserung der Industrie die wichtigsten Aufgaben der Sowjetregierung und der Arbeiterklasse der Sowjetunion sind, und daß die Tätigkeit der Gewerkschaften eine ungeheuere Bedeutung für den Erfolg dieser Sache hat, fordert der Kongreß alle Organisationen der Gewerkschaften auf, durch Erhöhung der Aktivität ihrer Mitglieder und aller Gewerkschaftsorganisationen das Höchstmaß der Aufmerksamkeit dahin zu richten und alle Anstrengungen geltend zu machen, um durch ihre Arbeit das weitere Wachstum der Wirtschaft der Sowjetunion, ihrer Industrie und der Verbesserung des Wohlstandes der Arbeiterklasse zu sichern.



